

PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

Erwartungen an die neue bayerische Europaministerin

Pressekonferenz mit

Markus Rinderspacher, MdL,
europapolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

11. Januar 2021, 11.00 Uhr,
Pressekonferenzraum 211 im Bayerischen Landtag

Die SPD-Landtagsfraktion formuliert mit ihrem europapolitischen Sprecher Markus Rinderspacher in neun Eckpunkten einige zentrale politische Erwartungen an die neue bayerische Europaministerin Melanie Huml.

Rinderspacher: „Die bayerische Europapolitik steht im Jahr 2021 vor grundsätzlichen Herausforderungen. In zentralen Politikfeldern ist der Freistaat gefordert, auf der europäischen Ebene Farbe zu bekennen, wichtige Initiativen aktiv voranzutreiben und politische Weichenstellungen zu stellen, die über den Tag hinausreichen.“

1. Bayerisch-tschechische Beziehungen vorantreiben

Die Nachbarschaftsbeziehungen bedürfen neuer Impulse, zumal

- der grenzüberschreitende Schüleraustausch zuletzt rückläufig war,
- die Zahl der Studierenden aus Tschechien in Bayern zuletzt rückläufig war,
- Städtepartnerschaften keine staatliche Unterstützung erhalten.

Neue Impulse für ein Zusammenwachsen im Herzen Europas wären

- ein bayerisch-tschechisches Jugendfreundschaftsprogramm,
- ein bayerisch-tschechischer Bürgerfonds (für kommunale Partnerschaften),
- ein bayerisch-tschechischer Kooperationsrat zur Bewältigung der Coronakrise und folgen.
- eine bayerische Beteiligung an den Entscheidungsprozessen zur Herstellung eines tschechischen Atomendlagers an der bayerischen Grenze. Die in Tschechien diskutierten vier Atommüll-Standorte sind von der bayerischen Grenze nur etwa 45 bis 150 km Luftlinie entfernt;
- die Ertüchtigung des Schienenverkehrs von Nürnberg bzw. München nach Prag. Denn mehr als drei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die Bahnverbindungen zwischen Bayern und Böhmen immer noch so schlecht wie zu Zeiten des Kalten Kriegs. Für die zukunftsfähige Mobilität von Menschen und Gütern muss mit Expresszügen im Zwei-Stunden-Takt eine Verkürzung der Fahrzeit zwischen München und Prag auf knapp über vier Stunden realisiert werden.

Für Bayern ist Tschechien der sechstwichtigste Wirtschaftspartner weltweit. Umgekehrt ist Bayern der drittwichtigste Handelspartner Tschechiens.

2. Rechtsstaatlichkeit in der EU wiederherstellen und sichern

Insbesondere in Polen und Ungarn findet eine Regression der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit inmitten der Europäischen Union (EU) statt. Das Wahlrecht wird hier geschliffen, der Rechtsstaat ausgehöhlt, die journalistische Unabhängigkeit attackiert und Minderheitenrechte missachtet.

Die Söder-Regierung muss im Besonderen ihre engen Kontakte mit dem Franz-Josef-Strauß-Preisträger Victor Orbán nutzen, um Protest gegen diese Entwicklung zum Ausdruck zu bringen statt rote Teppiche auszulegen und falsche Freundschaften zu pflegen.

3. Bayerns Afrikapolitik ausbauen

Bayern pflegt Partnerschaften mit Äthiopien, dem Senegal, Tunesien sowie den südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng. Die Corona-Krise droht diese Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung um Jahre zurückzuwerfen. Fallende Rohstoffpreise, Kapitalflucht, chaotische Lieferketten, geringere Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten und Tourismusausfälle drohen in eine existenzielle Abwärtsspirale im globalen Süden zu führen.

Die Landtags-SPD fordert,

- den afrikanischen Partnerländern mit Krisen-Monitoring und Laborkapazitäten zur Bewältigung der Covid_19-Krise zur Seite zu stehen und bei eine Impfkampagne Koordination zu helfen. Außerdem geht es um Unterstützung mit administrativer sowie medizinischer Expertise;
- Im Kampf gegen Armut und Hunger den bayerischen Finanzrahmen für schnelle Soforthilfen zum Ausbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung mit Bayerns afrikanischen Partnerschaftsländer deutlich ausweiten;
- ein Gemeinschaftswerk von Freistaat und Bayerischer Wirtschaft zu gründen, um die duale Berufsausbildung in Bayerns afrikanischen Partnerländern zu fördern. Ziel ist es, die Voraussetzungen für eine beschäftigungsorientierte Entwicklung des Bildungs- und Ausbildungssystems in Äthiopien, Senegal, Tunesien und den südafrikanischen Provinzen Westkap und Gauteng zu verbessern;
- einen Schuldenerlass für den Globalen Süden;
- mittels einer bayerischen Bundesratsinitiative die Kaffeesteuer für fair gehandelten Kaffee abzuschaffen. Die Maßnahme stärkt den nachhaltigen Konsum in Deutschland und führt zu höheren Absätzen in den Produktionsländern wie Äthiopien. Fairer Kaffee ermöglicht bessere Löhne, nachhaltiges Wirtschaften und schont die Umwelt.

4. Regionale Partnerschaften: Focus auf Georgia lenken

Bayern pflegt seit 2002 im Rahmen von Regionalpartnerschaften besondere Beziehungen zu Shandong/China, Westkap/Südafrika, São Paulo/Brasilien, Québec/Kanada, Oberösterreich sowie Georgia/USA.

Ein besonderes Augenmerk kommt 2021 vor dem aktuellen Hintergrund der jüngsten Präsidentschaftswahlen in der USA und ihrer Folgewirkungen der Revitalisierung der Beziehungen zu Georgia zu.

Neben der bereits existierenden Forschungsk Kooperationen ist die partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen insbesondere der demokratischen Institutionen zu stärken. Eine Verbesserung der transatlantischen Beziehungen bedarf der Einbeziehung der föderalen Strukturen.

5. Chinesische Auslandspropaganda in Bayern nicht mehr fördern

Bayern ist das einzige deutsche Bundesland, das die dem Propagandaministerium von Diktator Xi Jinping unterstehenden Konfuzius-Institute mit finanziellen Zuschüssen aus dem Staatshaushalt direkt unterstützt, seit 2014 mit insgesamt 344.728,01 Euro.

Der Bundesregierung liegen demnach auch Erkenntnisse vor, wonach chinesische Behörden versuchen, „sowohl chinesische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland als auch deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die zu China forschen, in ihrem Handeln zu beeinflussen.“ Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte warnt, „dass Konfuzius-Institute zu einer langfristig angelegten Strategie Pekings gehören, Partner zu manipulieren, um Befürworter der chinesischen Politik zu gewinnen, zumindest aber Menschen zu beeinflussen, die diejenigen vor ‚allzu lauten Tönen‘ warnen sollen, die für Menschenrechte, Freiheit und Mitbestimmung in der Volksrepublik China eintreten.“

Im Übrigen sind bei allen Zusammentreffen mit Institutionen des chinesischen Staates die Menschenrechtsproblematik der Uiguren anzusprechen, die in München die größte Exilgemeinde außerhalb Chinas darstellen.

6. Sichere bayerische Häfen und Seenotrettung unterstützen

Das Mittelmeer ist die tödlichste Fluchtroute der Welt. Private Retter leisten einen unschätzbaren Beitrag, um noch mehr Todesfälle auf dem Mittelmeer zu verhindern. Dass ihre Arbeit behindert und kriminalisiert wird, muss ein Ende haben. Es muss auf EU-Ebene dringend sichergestellt werden, dass sichere Häfen von Seenotrettungsschiffen angelaufen werden können, von wo aus die Geretteten auf aufnahmebereite EU-Mitgliedsländer verteilt werden können. Die Rettung von Schiffsbrüchigen muss als hoheitliche Aufgabe in Verantwortung der Europäischen Union wieder aufgenommen werden.

Die Politik der Staatsregierung bedarf eines dringenden Kurswechsels, Seenotrettung stelle einen „Pullfaktor“ dar, daher müsse von ihr abgesehen werden. Im Übrigen muss die Aufnahme von Geflüchteten in Bayern aus prekären Lagern wie auf Lesbos möglich sein.

7. Soziales Europa mit Leben füllen

Europa muss sozialer und solidarischer werden. Auch wenn die wirtschaftlichen und politischen Aspekte der Europäischen Union oft im Vordergrund stehen, hängt die Zukunft des geeinten Europas von seiner sozialen Dimension ab.

Dabei sind zur Unterstützung der portugiesischen Ratspräsidentschaft von Bedeutung:

- Europäischer Mindestlohn: gegen Sozialdumping, für gleiche soziale Mindeststandards
- Europäische Arbeitslosenversicherung: für ein krisenfestes Europa
- Stärkung der Europäischen Betriebsräte und der Beschäftigten.
- Einführung von Mindeststeuersätzen durch einen Aktionsplan für Steuergerechtigkeit
- Einführung einer „Kindergarantie“, die sicherstellt, dass jedes europäische armutsgefährdete Kind kostenlosen Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung, hochwertiger Kinderbetreuung, hochwertiger Bildung, einer menschenwürdigen Unterkunft und angemessener Ernährung hat;
- ein Masterplan Inklusion zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt;

8. Faire Handelspolitik: Globalisierung gerecht gestalten

Die EU-Handelspolitik ist neu ausrichten. Künftige Freihandelsabkommen sind ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalten. In Freihandelsabkommen sind Menschenrechte und EU-Standards im Klima-, Umwelt-, und Verbraucherschutz rechtlich verbindlich zu verankern.

Die SPD fordert

- das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Lieferkettengesetz endlich auf den Weg zu bringen.
- das Mercosur-Abkommen der EU mit Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay auf Eis zu legen. Es würde die Klimakrise weiter verschärfen. Schon heute

- gibt es eine massive Abholzung und dramatische Waldbrände im Amazonasgebiet und Landkonflikte in Folge des wachsenden Soja-Anbaus.
- das China-Investitionsabkommen der EU zu überprüfen. Xi Jinping setzt in Hong-Kong weiter auf Repression und Verfolgung Andersdenkender, mit unbarmherziger Härte. Ein Investitionsabkommen mit China darf nicht ignorieren, dass die kommunistische Führung Verträge stetig bricht, Menschenrechte mit Füßen tritt und Freiheit und Recht am laufenden Band attackiert.

9. Ökologisches Europa mit dem Green Deal vorantreiben

Mit jedem Jahr steigt die Temperatur der Atmosphäre und verändert sich das Klima. 1 Million der 8 Millionen Arten auf dem Planeten droht zu verschwinden, Wälder und Ozeane werden verschmutzt und zerstört.

Ein sozial-ökologischen Pakt, der von nachhaltiger Entwicklung und Wertschöpfung, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten getragen wird, kann Europa nachhaltiger machen. Dazu braucht es Investitionen in zukunftssichere Energiesysteme, in klimaverträgliche Verkehrssysteme, in faire und gesunde Lebensmittel, in eine kreislauforientierte Wirtschaft, in die Modernisierung unserer Industrie und in die Modernisierung unserer Kommunen sowie eine angemessene CO₂-Bepreisung.

Nachhaltige Investitionen schonen aber nicht nur das Klima und fördern die Artenvielfalt. Sie machen unsere Volkswirtschaften stärker und unsere Industrien effizienter und zukunftsfester, als sie vor der Krise waren. Nachhaltige wohlförderung entsteht nur durch die zentrale, stimulierende Kraft von Gemeinwohlorientierung, staatlicher Daseinsvorsorge und Verantwortung gegenüber unserer Schöpfung.